

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50  
58509 Lüdenscheid

**Spendenkonto:**  
SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11  
Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

**Nutze Dein Recht:**

**Verweigere den „Wehrdienst“  
mit der Waffe!**

**Im Namen Deines Gewissens!  
Im Namen des Völkerrechts!  
Im Namen einer sozial  
gerechten Zukunft!**

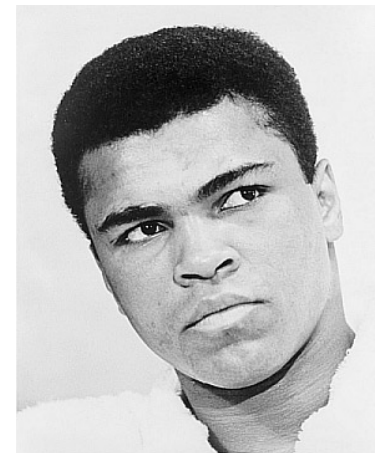
**Wohin kann ich mich wenden?**

**Beratung zur Kriegsdienstverweigerung**  
Uwe Bossart  
Tel. 02351/54000

oder auch an uns unter:  
[verweigern@friedensgruppe-luedenscheid.de](mailto:verweigern@friedensgruppe-luedenscheid.de)

# F Lüdenscheid Friedensgruppe

**15. Mai 2008 - Internationaler Tag der  
Kriegsdienstverweigerung**



**„No Vietcong ever called me nigger.“**  
(„Kein Vietcong hat mich jemals Nigger genannt.“)

1967 verweigerte Muhammad Ali aus Gewissensgründen den Kriegsdienst in Vietnam. In der Folge Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis, Goldmedaille und Weltmeister-Titel wurden aberkannt, ebenfalls seine Boxlizenz. Mit der Beschlagnahmung seines Passes erhielt er zudem Ausreiseverbot. Die Haft musste er gegen Zahlung einer Kautions jedoch nicht antreten. Muhammad Ali ging diesen Schritt – wie unzählige weniger bekannte Menschen weltweit auch - in vollem Bewusstsein der Konsequenzen, die er zu erwarten hatte.

**„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegs-  
dienst mit der Waffe gezwungen werden.“**

(Art. 4,3 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland)

## 8. Mai 1945 – 8. Mai 2008

### Konsequenzen eines verbrecherischen Krieges

Am 8. Mai gedenken wir der Befreiung von nationalsozialistischer Gewalt-herrschaft und des Kriegsendes in Europa vor 63 Jahren. Konsequenz aus dem Unterdrückungsregime ist in Deutschland unter anderen das Gebot, dass niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf.

Die politische und rechtliche Konsequenz aus den Aggressionskriegen des nationalsozialistischen Regimes ist das Friedensgebot, das Verbot eines An-griffskrieges sowie die Beschränkung des Einsatzes der Bundeswehr auf die Landesverteidigung.

### Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee

Diese Einschränkungen der Militärmacht im Grundgesetz wurden in den letzten Jahren schrittweise unterlaufen, die Bundeswehr wird als Instrument der welt-weiten Durchsetzung deutscher Interessen eingesetzt.

Der Krieg in Afghanistan, der mit Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht geführt wird, fordert immer mehr Opfer, darunter zu über 90% Zivilisten. Das vorgebliche Ziel, das Land zu demokratisieren, ist militärisch nicht zu verwirk-lichen. Es droht ein zweiter Dauerkriegsschauplatz wie im Irak – diesmal mit direkter deutscher Beteiligung.

Immer häufiger waren und sind die Einsätze der Bundeswehr insbesondere seit Beginn der Neunzigerjahre völkerrechtlich fragwürdig. Es ist zunehmend nicht mehr nur eine Frage deines Gewissens, sondern eine politische Frage, ob Du bereit bist, diese Entwicklung durch die Ableistung des Wehrdienstes mit zu tragen.

### Bildung und Berufsfindung statt Rüstung und Kriegsdienst

Die Bundeswehr entfernt sich seit der Wiedervereinigung immer weiter von den ursprünglich vom Grundgesetz festgelegten Aufgaben und Zielsetzungen.

Daneben führt aber auch die Einberufung zum Wehrdienst bei vielen jungen Männern zum Bruch in ihrer gerade beginnenden beruflichen Orientierung und Entwicklung. Der Verlust von Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist nicht selten die Folge. Hat ein Bewerber seinen Wehrdienst noch nicht abgeleistet, ist dies oft ein Ausschlusskriterium für den Arbeitgeber. Hier steht ein großer Schaden einem geringen Nutzen gegenüber, denn tatsächlich benötigt die Bundeswehr Wehrpflichtige nicht mehr. Militär soll damit nur als „natürlicher“ Bestandteil der Gesellschaft in den Köpfen erhalten werden.

Neben diesem Schaden für die Gesellschaft verschlingt die Hochtechnisierung und Umgestaltung der Bundeswehr zu einer schlagkräftigen Interventionsar-mee zur weltweiten Durchsetzung deutscher Interessen enorme finanzielle Mittel.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri berichtet in seinem Jahrbuch 2003, dass die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2003 um 11 Prozent auf 956 Mrd. Dollar angewachsen sind und damit beinahe wieder so hoch liegen, wie zu Zeiten des Kalten Krieges (Frankfurter Rundschau vom 11.06.2004). Auch Deutschland beteiligt sich an dieser Aufrüstung. Mindestens 1,5 Prozent des Sozialprodukts oder 27 Mrd. EUR werden offiziell hierfür verwendet. Z.B. sollen für die in der Tabelle aufgeführten sechs Waffensysteme in den nächsten Jahren 50,8 Mrd. EUR ausgegeben werden.

Die Bundeswehr hat bestellt	Kosten
180 Eurofighter	23,0 Mrd. EUR
80 Kampfhubschrauber Tiger	5,3 Mrd. EUR
164 Transporthubschrauber NH/MH	6,8 Mrd. EUR
60 Militär-Airbus A 400 M	9,2 Mrd. EUR
410 Schützenpanzer Puma	3,9 Mrd. EUR
4 Fregatten F-125	2,6 Mrd. EUR
<b>Gesamt</b>	<b>50,8 Mrd. EUR</b>

(Quelle: Institut für Sozialökologische Wirtschaftsforschung München e.V.:  
isw-spezial 22. München 2008. Seite 15)

Mit diesen Mitteln könnte man alternativ folgendes Programm realisieren:

- 2.000 Kindertagesstätten für insgesamt 160.000 Kinder
- 1.000 Grundschulen für 160.000 Kinder
- 100 Berufsschulen für 100.000 Jugendliche
- 500 Altenpflegeheime für 30.000 Bewohner/innen
- 500 Student/innenwohnheime für 100.000 Studierende

Zusätzlich könnten folgende Fachkräfte eingestellt und 10 Jahre lang bezahlt werden:

- 16.000 Erzieher/innen
- 15.000 Lehrer/innen
- 15.000 Schulsozialarbeiter/innen und andere sozialpädagogische Fachkräfte

Insgesamt wären Finanzmittel in Höhe von ca. 35 Mrd. Euro erforderlich. Es blieben noch über 15 Mrd. Euro gegenüber dem Rüstungsprogramm übrig. Mit diesem Geld könnten einige tausend Schulen und Gesundheitsstationen nebst Personal in den armen Ländern finanziert werden. Dies wäre sicher eine wirkungsvollere Friedenspolitik als die Bereitstellung von Kampftruppen, um Deutschland am Hindukusch zu verteidigen.